



TÄTIGKEITSBERICHT

DER LANDESPARTEI STEIERMARK

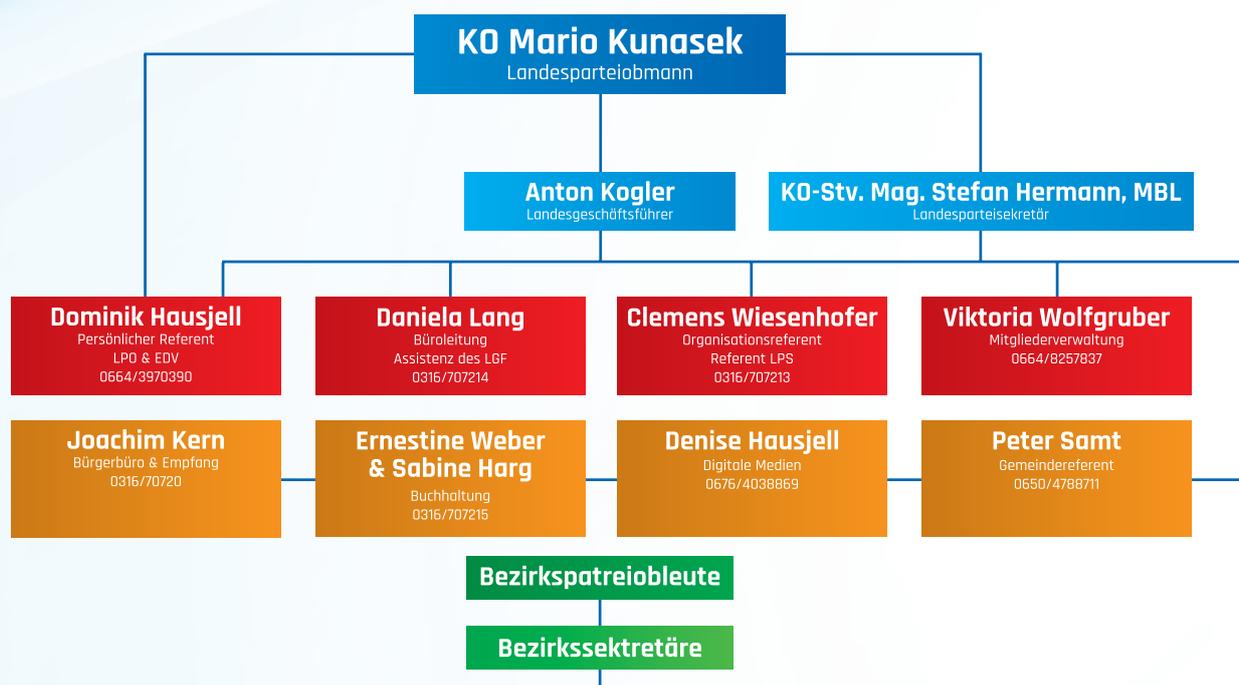
ÜBER DEN ZEITRAUM 2019 BIS 2022
FÜR DEN BUNDESPARTEITAG AM 17. SEPTEMBER 2022 IN ST. PÖLTEN.

ALLGEMEIN

Mitarbeiter der FPÖ Steiermark

- Landesgeschäftsstelle 11 Mitarbeiter
- Bezirksbüros: 18 Mitarbeiter

Organigramm der FPÖ Steiermark



Mandatare

- | | | | |
|---------------------------|---|------------------|---|
| ➤ Nationalratsabgeordnete | 4 | ➤ Bundesräte | 2 |
| ➤ Landtagsabgeordnete | 8 | ➤ EU-Abgeordnete | 1 |

Gemeindemandatare:

- | | | | |
|---------------------------------------|-----|--------------------|---|
| ➤ Gemeinderäte | 286 | ➤ Gemeindekassiere | 7 |
| ➤ Vizebürgermeister | 15 | ➤ Stadträte | 3 |
| ➤ Weitere Gemeindevorstandsmitglieder | 3 | | |

Organisationsstrukturen

- Bezirksbüros 14



Dr. Alexander Götz Haus

Die neu gekaufte und renovierte Landesgeschäftsstelle der FPÖ-Steiermark, bezogen im Dezember 2019.

Sitzungen

- Sitzungen Landesparteipräsidium: 17
- Sitzungen Landesparteivorstand: 21
- Sitzungen Landesparteileitung: 10
- davon erw. Landesparteileitung: 2



Aktivitäten

- Stammtische, Ortsgruppen- und Bezirksleitungssitzungen
- Aktionen: Valentinstag, Ostern, Muttertag, Vatertag, Nikolaus
- Preisschnapsen in den Orts- und Bezirksgruppen
- Bälle, Weihnachtsfeiern, Sonnwendfeiern, div. Blaue Feste
- div. Ausendungen, Kuriere, Intern Magazin, Wir Grazer, Wir Steirer
- Rechtsberatungen
- Sitzungen des Landesparteigerichtes



Kampagnen

- Corona-Wahnsinn: Dramatische Folgen für die Steiermark mit Flyeraktionen
- Ball- und Trikotspenden an Fußball-Jugendmannschaften
- Wege finden – Arbeit schaffen
- Wege finden – Impulse setzen
- Unser Land sicherer machen
- Pendler 5er/10er Gutschein Aktionen

Seminare

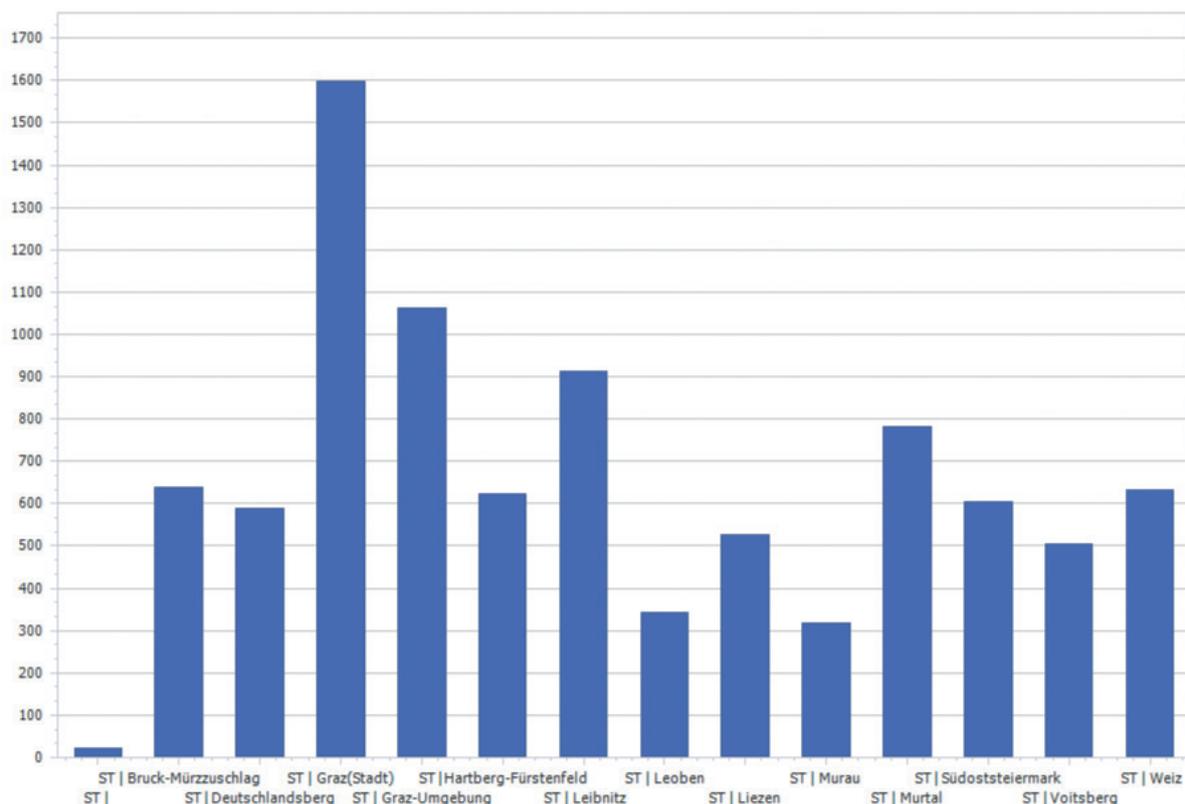
- es wurden 74 Seminare abgehalten

Mitgliederzahl

- Juli 2019: 9.532 Mitglieder

- Juli 2022: 9.187 Mitglieder

Mitgliederverteilung:



Mitgliederstatistik

Alter	Weiblich	Männlich	Gesamt	Prozent
16-20 Jahre	20	53	73	0,79%
21-30 Jahre	292	816	1.108	12,06%
31-40 Jahre	446	1.272	1.718	18,70%
41-50 Jahre	500	1.291	1.791	19,49%
51-60 Jahre	536	1.301	1.837	20,00%
61-70 Jahre	467	1.004	1.471	16,01%
71-80 Jahre	288	562	850	9,25%
81-90 Jahre	93	213	306	3,33%
über 90 Jahre	20	13	33	0,36%
Gesamt	2.662	6.525	9.187	100%



35. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 14.05.2022 IN DER GRAZER MESSE

- Ortsparteitage in den Ortsgruppen
- Bezirksparteitage
- Organisation / Einladungen / Durchführung

Mario Kunasek wird mit einem **Ergebnis von 96,60 %** erneut zum Landesparteiobmann gewählt.

WAHLEN

Gemeinderatswahlen

2015	13,86%
2020	8,21%

Nationalratswahl

2017	29,42%
2019	18,46%

Gemeinderatswahl Graz

2017	15,86%
2021	10,61%

Landtagswahl

2015	26,76%
2019	17,49%

LEISTUNGSBILANZ FREIHEITLICHER LANDTAGSKLUB STEIERMARK

In der ersten Hälfte der laufenden Gesetzgebungsperiode haben die Freiheitlichen Abgeordneten 737 parlamentarische Initiativen eingebracht. Damit war der Freiheitliche Landtagsklub die mit Abstand aktivste Fraktion im Landtag Steiermark.

Landesparteien	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	KPÖ	Neos
Gesamtzahl aller Initiativen	383	303	737	574	332	451

Hier eine Auswahl an parlamentarischen Initiativen der Regierungsparteien ÖVP und SPÖ zum Vergleich:

Initiativen/Parteien	ÖVP	SPÖ	FPÖ
Schriftliche Anfragen	0	0	279
Dringliche Anfragen	0	0	28
Budgetdienst Anfragen	0	0	62
Befragung Landesregierungsmitglied	0	0	27
Aktuelle Stunde	2	1	3
Abänderungsanträge	326	248	3
Selbstständige Anträge	32	31	173
Entschließungsanträge	22	22	160

Neben den parlamentarischen Initiativen sticht insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit des Freiheitlichen Landtagsklubs hervor. Statistisch betrachtet veröffentlicht die Pressestelle jeden Tag mindestens eine Presseaussendung.

Öffentlichkeitsarbeit Freiheitlicher Landtagsklub

Anzahl

Presseaussendungen

1200

Pressekonferenzen

39

Landesweite FPÖ-Kampagnen

5

- Straßeninfrastruktur Steiermark
- Ankurbelung der steirischen Wirtschaft
- Schwerpunkt Pflege
- Steiermark sicherer machen
- Sommer-Kampagne „Verlässlich. Bodenständig. Heimatbewusst.“



HEIMAT UND WERTE VERTEIDIGEN

In einer zunehmend globalisierten Welt ist die Selbstdefinition über die identitätsstiftende Heimat eines der wesentlichsten Elemente für den Zusammenhalt unserer gewachsenen Gesellschaftsstrukturen. Dieses Recht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Vermittlung dieser Werte und Traditionen an nächste Generationen. Die Festschreibung dieser Grundsätze in der Landesverfassung wäre jedenfalls ein deutliches Bekenntnis der steirischen Politik zum Erhalt unserer Heimat und ihres landestypischen Erbes.

In diesem Zusammenhang ist auch an Denkmale zu denken, stellen diese doch ein Abbild unserer vielfältigen und wechselvollen Geschichte dar. Die Landesregierung steht in der Pflicht, Schritte zu setzen, die den Fortbestand unserer heimischen Gedenk- und Kulturgüter sicherstellen. Nicht zuletzt müssen heimische Denkmale gegen jegliche Versuche eines „Denkmalsturms“ linksradikaler Aktivisten sowie geschichtsvergessener Politiker verteidigt werden.

Dasselbe gilt für Straßennamen und literarische Werke steirischer Persönlichkeiten, deren Schaffen – trotz einer politischen Haltung, die aus heutiger Sicht als schwerwiegende Fehleinschätzung einzustufen ist – unbestreitbar zum geistigen Erbe der Grünen Mark gehören. Dieser Aspekt ist genauso Teil der Geschichte wie deren außerordentliche Leistungen. Stellvertretend sei an dieser Stelle Dr. Hans Kloepfer genannt, dessen literarische Werke, seine Ehrenbürgerschaft sowie der Erhalt seiner Denkmäler für die FPÖ außer Frage stehen.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Aufnahme des kulturellen Erbes der Steiermark als schützenswertes Gut in die Landesverfassung
- Heimische Denkmale erhalten: Zustandserhebung steirischer Denkmale und Gründung eines vollrechtsfähigen Denkmalfonds zur Einbindung der Zivilgesellschaft
- Nein zur Geschichtsauslöschung: Keine Umbenennung von Straßen und Nein zur Bücherverbannung



MACHT BRAUCHT KONTROLLE

Einen der elementarsten Bestandteile innerhalb einer funktionierenden Demokratie bildet das parlamentarische Kontrollrecht. Um Machtmissbrauch verhindern zu können, bedarf es einer Prüfung der Regierung. Das Recht auf Kontrolle umfasst sowohl die Geschäftsführung der Regierung als auch alle Gegenstände der Vollziehung. Kontrollrechte sind vielseitig und geben den Parlamenten die notwendigen Werkzeuge, um die Exekutivarbeit auch umfassend zu prüfen. Den Oppositionsparteien kommt dabei eine immanent wichtige Aufgabe zu, die vom FPÖ-Landtagsklub, insbesondere in Person von Klubobmann Mario Kunasek als Obmann des Kontrollausschusses, wahrgenommen wird.

Die Bilanz über die Freiheitlichen Kontrollinstrumente der laufenden Gesetzgebungsperiode:

- Schriftliche Anfragen: 240
- Befragungen: 24
- Besprechung von Anfragebeantwortungen: 1
- Dringliche Anfragen: 23
- Beantragung von Prüfungen durch die Rechnungshöfe: 4
 - Landesrechnungshof:
 - Volle Transparenz bei der WIKI-Kinderbildung und -betreuung
 - Prüfung der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit sowie Fördervergaben an den Abwasserverband Leibnitzerfeld-Süd
 - Prüfung der finanziellen COVID-Hilfsmaßnahmen sowie COVID-bedingter Vergaben des Landes
 - Rechnungshof:
 - Besetzung von Pflichtschulleitungen in der Steiermark
- Einberufung von außerordentlichen Landtagssitzungen: 1

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- 
- Erhöhung der Transparenz der Regierungsarbeit durch eine Ausweitung des Berichtswesens
 - Stärkere Einbindung des Landtages in wichtige Entscheidungen
 - Implementierung eines Rederechts im Landtag Steiermark für den Präsidenten des Rechnungshofes und den Direktor des Landesrechnungshofes
 - Zeugenladungen müssen durch einen Beschluss eines Drittels im Untersuchungsausschuss möglich sein
 - Pünktliche Beantwortung von Anfragen und Stellungnahmen durch die Landesregierung



AUFRECHTERHALTUNG DER HEIMISCHEN SPITALSSTRUKTUREN

Der seitens ÖVP und SPÖ im Bezirk Liezen geplante Krankenhausneubau in Stainach-Pürgg zulasten der drei bewährten regionalen Spitäler würde zweifelsohne zu einer weiteren Ausdünnung der lokalen Versorgungsstrukturen beitragen. Darüber hinaus könnte das schwarz-rote Prestigeprojekt als Blaupause für weitere Spitalszentralisierungen in der Steiermark dienen. Schließlich ist es der erklärte Plan der amtierenden Landesregierung, dass in jeder steirischen Region ein sogenanntes Leitspital entstehen soll.

Diese Entwicklung ist umso gravierender, da es in den vergangenen Jahren in der Steiermark bereits einen enormen Zentralisierungstrend im Gesundheitswesen gegeben hat. So wurden unter ÖVP und SPÖ geführten Landesregierungen mehrere Geburtstationen, Spitalsabteilungen, Landespflegeheime und sogar ganze Krankenhäuser geschlossen. Weite Fahrtstrecken zur nächsten Fachambulanz, überfüllte Stationen in den Spitälern, lange Wartezeiten auf Behandlungstermine oder gänzliches Ausweichen auf (oft teure) private Leistungserbringer sind nur einige der negativen Folgewirkungen.

Die FPÖ Steiermark lehnt eine weitere Ausdünnung der heimischen Gesundheitsversorgung kategorisch ab. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu einer flächendeckenden Spitalsinfrastruktur samt entsprechender Leistungsangebote an den jeweiligen Krankenhausstandorten. Durch sinnvolle Kooperationen und Schwerpunktsetzungen an den bestehenden Standorten kann dieses Ziel erreicht werden.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:



- Aufrechterhaltung der gewachsenen Krankenhausstrukturen und Leistungsspektren an den jeweiligen Spitalsstandorten
- Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Versorgung in sämtlichen Regionen der Steiermark
- NEIN zum Zentralspital Liezen
- JA zu sinnvollen Kooperationen und Schwerpunktsetzungen an den einzelnen Spitalsstandorten

BEKÄMPFUNG DES ÄRZTEMANGELS

Bis zum Jahr 2030 wird rund die Hälfte aller derzeit praktizierenden Mediziner mit Kassenvertrag im pensionsfähigen Alter sein. Dieser Umstand ist umso erschreckender, da bereits heute viele Kassenstellen nicht nachbesetzt werden können. Gesucht werden neben Allgemeinmediziner*innen insbesondere Frauen- und Kinderärzt*innen, wobei sich die Problematik mittlerweile auf nahezu sämtliche steirische Regionen – inklusive Graz – erstreckt. Zudem sind vom grassierenden Ärztemangel bereits sämtliche Versorgungsbereiche betroffen, wobei neben dem niedergelassenen Sektor insbesondere im Amtsärztebereich, im Notarztwesen und im heimischen Spitalssektor zahlreiche Stellen unbesetzt sind.

Maßnahmen zur Gegensteuerung, die vom Freiheitlichen Landtagsklub bereits in den politischen Dialog eingebracht wurden, wären hier beispielsweise im niedergelassenen Bereich bessere Kassentarife und weniger Bürokratie, in den Spitälern bessere Auszubildungsverhältnisse, bei den Amtsärzt*innen flexible Arbeitsmodelle und bei den Notärzt*innen Möglichkeiten, den Dienst leichter neben der Haupttätigkeit ausüben zu können. In Anbetracht der anstehenden Ärztepensionierungswelle wird es allerdings auch eine massive Ausbildungsoffensive brauchen, sprich eine Aufstockung der Medizinstudienplätze. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Kapazitäten in erster Linie angehenden Ärzt*innen zur Verfügung gestellt werden, die sich zu einer späteren Tätigkeit in Österreich verpflichten.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- 
- Überarbeitung des Medizinstudiensystems, sodass eine bestimmte Anzahl der Studienplätze an den öffentlichen medizinischen Universitäten ausschließlich an Student*innen vergeben wird, die sich vertraglich dazu verpflichten, nach ihrem Studienabschluss als Arzt*in im öffentlichen Versorgungssystem in Österreich tätig zu werden
 - Leistungsadäquate Honorare für Kassenärzt*innen
 - Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den heimischen Krankenanstalten
 - Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgungsstrukturen



MASSNAHMEN GEGEN DEN PFLEGENOTSTAND

Die Problematik des Pflegekräftemangels spitzt sich seit Jahren immer weiter zu und wurde zuletzt durch die Corona-Krise noch zusätzlich verschärft. Das Land Steiermark wird folglich endlich Wege finden müssen, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Viel Zeit bleibt dazu nicht, werden bundesweit bis zum Jahr 2030 schließlich rund 100.000 zusätzliche Facharbeiter benötigt.

Angesichts der Dringlichkeit der gegenständlichen Problematik ist es umso befremdlicher, dass die schwarz-grüne Bundesregierung seit Jahren mit der Vorlage der versprochenen großen Pflegereform säumig ist. Dabei könnten aus Sicht der FPÖ ohne viel Aufwand unmittelbar erste Schritte gesetzt werden, wie beispielsweise eine Erhöhung des Pflegegeldes für Pflegebedürftige sowie eine Anhebung des Erschwerniszuschlages beim Pflegegeld für Demenzkranke, sofern die Pflege zuhause erfolgt. Auch die Einführung einer fairen Entlohnung von angehenden Pflegekräften bereits in der Ausbildungsphase wäre mehr als notwendig.

Darüber hinaus muss das Land Steiermark im eigenen Wirkungsbereich rasch effektive Maßnahmen setzen, die zur Lösung der zahlreichen Probleme beitragen. Unter anderem braucht es aus Sicht der FPÖ eine Bündelung sämtlicher Planungsvorhaben in einer Pflege-Gesamtstrategie. Dieser „Masterplan Pflege Steiermark“ sollte sämtliche für das Pflegewesen relevanten Prognosen und Planungsvorhaben beinhalten.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:



- Verfassung eines „Masterplans Pflege Steiermark 2030“
- Ausarbeitung eines Pilotprojekts hinsichtlich der Anstellung von pflegenden Angehörigen bei einer landeseigenen Gesellschaft
- Verbesserungen bei den Ausbildungsmöglichkeiten an den Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark
- Faire Entlohnung von angehenden Pflegekräften bereits in der Ausbildungsphase





STEIRISCHES ASYLWESEN SCHWER REFORMBEDÜRFTIG

Dank der rot-schwarzen Willkommenskulturer und deren toleranzromantischer Politik, die die Versorgung jedes vermeintlichen Flüchtlings über das Wohl der heimischen Bevölkerung stellte, sind die Kosten im steirischen Asylwesen explodiert. Die zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus war stets an vorderster Front der Gutmenschen, die mittels einer Menschenkette rund um das Landhaus sogar das Asylchaos des Jahres 2015 zelebrierten. Spätestens der von der FPÖ angestrebte Bericht des Landesrechnungshofs zeigte den massiven Reformbedarf im Asylwesen.

Zudem entspricht es nicht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, dass vermeintliche Flüchtlinge die gleichen Unterstützungsleistungen wie Österreicher bekommen, die teilweise jahrzehntelang gearbeitet und damit das Sozialsystem gestützt haben. Die Steiermark muss bei sämtlichen Ausgaben den heimischen Staatsbürger in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Alle Steuergelder und Hilfsleistungen, und seien sie auch noch so gering, dürfen nur unter der Prämisse ausgegeben werden, dass sie bedürftigen steirischen Landsleuten zugutekommen. Angesichts der steigenden Asylzahlen steht die Steiermark vor einer Grundsatzentscheidung: Sieht man erneut tatenlos zu und organisiert Menschenketten oder trifft man die richtigen Entscheidungen zum Wohle der Steirer? Angesichts des Schuldenbergs, auf dem die Steiermark sitzt, wäre es völlig unverantwortlich, die Asylkosten erneut explodieren zu lassen, wo doch die schwarz-grüne Bundesregierung beim Schutz der heimischen Grenzen offensichtlich völlig versagt.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Reform des steirischen Asylwesens: Unterfertigung eines Verhaltenskodex, Anwesenheitspflicht im Asylheim während der Nachtstunden, Anwesenheitskontrolle mit Fingerabdruckscannern und Gründung einer Landesagentur zur Versorgung von Asylwerbern
- Keine neuen Verträge mit Betreibern von Asylheimen; Schließung sämtlicher Asyl-Großquartiere des Bundes
- Streichung von unnötigen Leistungen wie Taschengeld oder Bekleidungshilfe
- Kündigung der Grundversorgungsvereinbarung mit dem Bund und Neuverhandlung samt Festlegung einer Obergrenze für Asylantragsaufnahme

ÜBERFREMDUNG IN HEIMISCHEN SCHULEN

Die heimische Kultur- und Werteordnung in steirischen Schulen wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Aktuelle Zahlen aus dem Bildungsressort belegen die zunehmende Überfremdung in heimischen Bildungseinrichtungen. So haben im Schuljahr 2021/22 bereits rund 22 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark eine andere Muttersprache als Deutsch. Besonders besorgniserregend ist die Situation in Grazer Volksschulen, wo bereits die Hälfte aller Kinder fremdsprachig ist. Einzelne Schulen weisen einen Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache von über 90 Prozent auf.

Analog dazu ist auch die Zahl von muslimischen Schülern seit Jahren im Steigen begriffen. Im aktuellen Schuljahr sind insgesamt 6.030 Kinder islamischen Glaubens, was einem Anteil von 9,3 Prozent entspricht. Die Anzahl der Schüler mit römisch-katholischem oder evangelischem Religionsbekenntnis ist an vielen Schulen hingegen weiter gesunken. In der Landeshauptstadt zeichnet sich ein besonders prekäres Bild: Bereits mehr als 33 Prozent der Grazer Volksschüler, die den Religionsunterricht besuchen, sind Muslime. Der vermehrt an heimischen Schulen abgehaltene islamische Religionsunterricht ist äußerst kritisch zu betrachten, immerhin stehen einzelne Islamlehrer immer wieder im Verdacht, radikal-islamische Ideologien zu verbreiten.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, bedarf es einer restriktiveren Migrations- und Zuwanderungspolitik einerseits sowie der verstärkten Vermittlung heimischer Werte andererseits.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Etablierung von Deutsch als Schulsprache
- Stärkere Kontrolle des islamischen Religionsunterrichts
- Vertiefte Vermittlung heimischer Werte im Unterricht





TEUERUNG BEKÄMPFEN

Mittlerweile ist jeder Steirer auf die eine oder andere Weise von einer mit Rekordinflation einhergehenden Teuerungswelle betroffen. Von der Zapfsäule über die Supermarktregale bis hin zu den Kosten für Energie und Heizung ist in den letzten Wochen und Monaten ein enormer Preisanstieg sichtbar geworden.

Bereits im Herbst des Jahres 2021 forderte die FPÖ adäquate Gegenmaßnahmen, um dem massiven Teuerungsproblem effektiv entgegenzuwirken. Leider machten ÖVP und SPÖ bisher keine Anstalten, den Steirern verstärkt unter die Arme zu greifen. Es ist äußerst bedauerlich, dass alle freiheitlichen Forderungen – von der Einführung eines Stromkosten- und die Verdoppelung des Heizkostenzuschusses über die Erhöhung der Pendlerbeihilfe bis hin zur Steuersenkung auf Treibstoffe – von Schwarz und Rot in Bausch und Bogen abgelehnt wurden. Die hart arbeitenden Steirer und insbesondere einkommensschwächere Haushalte erwarten sich zurecht entlastende Maßnahmen, um das tägliche Leben wieder leistbar zu machen. Es ist ein Gebot der Stunde, den fleißigen Leistungsträgern in der Grünen Mark auch endlich entsprechende Hilfen zukommen zu lassen.

Mobilität darf jedenfalls nicht zum Luxus und die Fahrt in die Arbeit nicht ein „Minusgeschäft“ für jeden hart arbeitenden Pendler werden, kein steirischer Haushalt soll überlegen müssen, ob er im Winter die Heizung aufdreht und kein Mitbürger darf in Zeiten wachsender Energiearmut im Stich und im Dunklen sitzen gelassen werden.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Abkehr von der geplanten CO₂-Bepreisung, umgehende Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Treibstoffe und neue Ausgestaltung der Mineralölsteuer
- Preisstopp im Energiesektor: Jene Energieversorger wie etwa die „Energie Steiermark AG“, die zumindest mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind, haben weitere Preissteigerungen zu unterlassen
- Reform der Pendlerbeihilfe mit höheren Auszahlungsbeträgen, Zuverdienstgrenzen sowie jährlicher Indexierung
- Verdoppelung des Heizkostenzuschusses auf 240 Euro
- Einführung eines Stromkostenzuschusses

DIE STEIERMARK SICHERER MACHEN

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehört zu den Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaats. Sicherheit ist die Basis für persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Eine elementare Aufgabe des Staats ist der Schutz der Bevölkerung. Abseits aller Statistiken und Zahlen ist Sicherheit jedoch auch ein sehr subjektives Empfinden. Gerade dieses subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert. Insbesondere die zügellose Massenmigration der letzten Jahrzehnte hat negativ zum Sicherheitsempfinden vieler Menschen beigetragen.

In fast jeder österreichischen Gemeinde gibt es Orte, die bei vielen Bürgern Unbehagen hervorrufen und besonders in den Wintermonaten, wenn es früh dunkel wird und auch lange bleibt, kommt es zu einem verstärkten Angstepfinden bei Bewegungen im öffentlichen Raum. Die steirischen Freiheitlichen haben es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Steiermark zum sichersten Bundesland

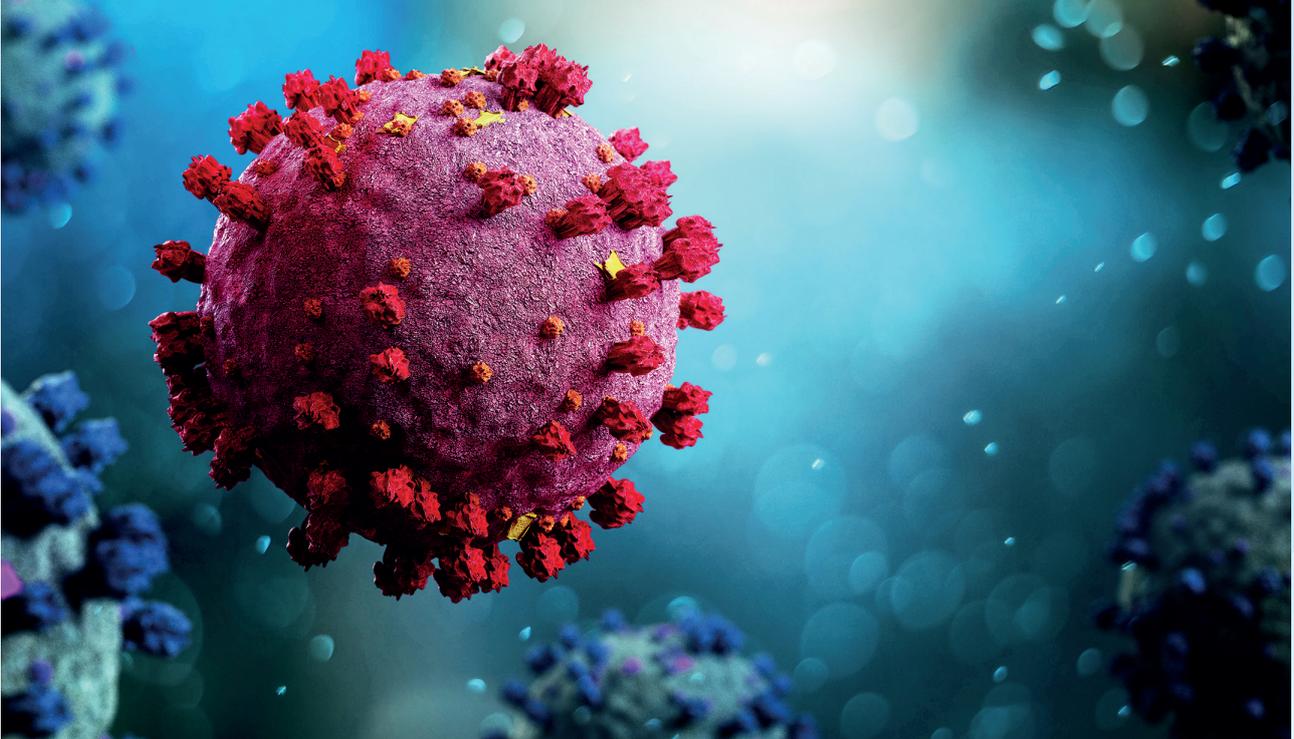
Österreichs zu machen. Wir wollen proaktiv auf Bürgerbeteiligung setzen und die Menschen dazu bewegen, ihr unmittelbares Umfeld sicherer zu gestalten. Es geht darum, Angsträume wie schlecht beleuchtete Parkanlagen oder dunkle Fußgängerunterführungen zu entschärfen. Gemeinsam mit den Gemeinden soll das Land Steiermark dafür Sorge tragen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Steirer wieder steigt.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:



- Effektives Vorgehen gegen Angsträume in der Grünen Mark
- Ausbau des Heimwegtelefons





ENDE DER EINDIMENSIONALEN CORONA-ZWANGSMASSNAHMEN

Wenn uns die letzten beiden Jahre Coronavirus-Pandemie eines gelehrt haben sollten, dann ist es die Erkenntnis, dass bei der Bekämpfung der Krise eine eindimensionale Betrachtungsweise zu kurz greift. So mögen die verhängten Lockdowns und die massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zwar möglicherweise zu einer Reduktion der COVID-19-Infektionen beigetragen haben, der Preis dafür war jedoch hoch. Auf der Rechnung stehen Milliarden Euro Steuergeld an Wirtschaftsbeihilfen, enorme Zunahmen bei psychischen Erkrankungen und Vereinsamung, unzählige pandemiebedingte Unternehmenspleiten sowie tausende Jugendliche, deren soziale und bildungstechnische Entwicklung massiv erschwert wurde.

Wer angesichts dieser Fakten die Corona-Politik der schwarz-grünen Bundesregierung sowie der schwarz-roten Landesregierung weiterhin als alternativlos bezeichnet, dem fehlt offensichtlich der Blick über die Fallzahlen hinaus. So hat sich der von den Freiheitlichen von Beginn an favorisierte „Schwedische Weg“ am Ende als nachhaltiger erwiesen. Die Lehre ist für die FPÖ folglich klar: Anstatt ständig in einen Panikmodus zu verfallen, braucht es auch bei zukünftigen Infektionswellen eine ganzheitliche Betrachtungsweise, wie sie bereits während der Corona-Pandemie von namhaften Experten eingefordert wurde.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Ende der eindimensionalen Corona-Zwangmaßnahmen
- Vorbereitung des heimischen Gesundheitssystems auf künftige Epidemien und Pandemien
- Nein zum massenhaften Verschieben von Spitalsbehandlung und Operationen



RASCHE BUDGETERHÖHUNG FÜR UNSER BUNDESHEER

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie schnell die Notwendigkeit gegeben sein kann, dass sich der Staat auf eine funktionierende Armee stützen muss. Noch im Jahr 2020 plante ÖVP-Verteidigungsministerin Klaudia Tanner einen drastischen Personalabbau bei der Truppe. Auch die Hauptaufgabe des Bundesheeres, die militärische Landesverteidigung, wurde massiv in Zweifel gezogen. Davon ist nun keine Rede mehr. Ungeachtet dessen sind die Ausgaben für das Bundesheer eklatant niedrig bemessen, was Einschränkungen in der Einsatzführung zur Folge hat. Aktuell rangieren die Heerausgaben bei 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit liegt Österreich weit abgeschlagen im untersten Fünftel der Mitgliedsstaaten der EU, die durchschnittlich rund 1,6 Prozent des BIP für Militärausgaben aufwenden.

Die FPÖ bekennt sich seit jeher zu einem starken Bundesheer und einem Heeresbudget von zumindest 1 Prozent des BIP. Gerade weil Österreich keinem ausländischen Militärbündnis angehört, bedarf es einer ordentlichen finanziellen Ausgestaltung. Aufgrund des Investitionsrückstaus braucht es auch eine Anschubfinanzierung in den Bereichen geschützte und ungeschützte Mobilität, Fliegerabwehr, Drohnen- und Drohnenabwehr, Kaserneninfrastruktur, Ausrüstung, Bekleidung und Luftraumüberwachung.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:



- Anhebung Heeresbudget auf zumindest 1 Prozent des BIP sowie rasche Investitionsoffensive im Bereich des militärischen Geräts, der Ausrüstung und Kaserneninfrastruktur
- Verankerung der Thematik umfassende Landesverteidigung im Schulunterricht
- Einführung von Truppenübungen für Milizsoldaten
- Rückkehr zum achtmonatigen Präsenzdienst (6 Monate Grundwehrdienst + 2 Monate Truppenübungen)





IMPULSE SETZEN – UNTERNEHMEN RETTEN

Die FPÖ Steiermark nahm 2021 die verheerende Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation angesichts der COVID-Krise zum Anlass, Hoffnung und Zuversicht für die steirische Bevölkerung auszustrahlen. Im Rahmen einer Auftaktpressekonferenz wurde dabei eine Kampagne durch den Klubobmann gemeinsam mit der Freiheitlichen Wirtschaft sowie den Freiheitlichen Arbeitnehmern präsentiert.

Die türkis-grüne Bundesregierung hat die heimische Wirtschaft in eine existentielle Krise gestürzt. Deshalb war es dringend notwendig, konkrete Maßnahmen zu setzen. Über 60.000 Steirer haben keine Arbeit. Es war das Gebot der Stunde, eine Arbeitsplatz- und Investitionsoffensive zu starten. Die FPÖ tritt unter anderem für das Vorziehen öffentlicher Investitionen, die Schaffung zielgerichteter Direktförderungen für Unternehmen und die Sicherstellung eines großangelegten Unterstützungspaketes für Gastronomie und Tourismus ein. Eine Regional- und Lehrlingsoffensive ist ebenso erforderlich wie die Einführung eines Handwerkerbonus. Im Fokus aller Anstrengungen muss der Kampf gegen Pleitewellen und Massenarbeitslosigkeit stehen. Es braucht klare Perspektiven und wirksame Unterstützungsmaßnahmen, die auch bei den Menschen ankommen. Ein Ende der massiven wirtschaftlichen Beschränkungen ist unabdingbar. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die freiheitlichen Warnungen vollkommen richtig und zutreffend waren. Dennoch haben es die Bundes- und Landesregierung verabsäumt, wirksame Maßnahmen zu setzen und die Wirtschaft nach dem Corona-Chaos zu befreien.

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- Erarbeitung eines Steiermarkplans
- Einführung eines Handwerkerbonus
- Schutz des Arbeitsmarktes – Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping
- Forcierung von Handel- und Gewerbe parks
- Veranstaltungsförderung unter Einbindung von Gastronomie und Kultureinrichtungen
- Lehrlingsoffensive
- Marketingoffensive für heimische Produkte und Dienstleistungen

